

Neue Terrormaßnahmen gegen die Bolschewiken-Leninisten S. 3

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, September 1930

Nummer 30

Habsburg beschattet Mitteleuropa.

... Sie fordern ihre Schätze ...

In Ungarn, dem Lande der Konterrevolution, gehen merkwürdige Dinge vor. Immer härtnächtiger wird das Gerücht: Otto werde zum König gekrönt. Noch sind sich die Eliten der Konterrevolution nicht einig, noch mahnt die Diplomatie zur Geduld. Die Feier des heiligen Emmerich, der vor 900 Jahren starb, war eine Vorfeier zur Krönung Otto Habsburgs. Prunk, Pracht und Pomp des offiziellen Ungarn, das Österreich hielt, standen im schroffsten Gegensatz zum Massenelend in den Vorstädten Budapests. Kirche und weltliche Macht gelobten sich Treue im Kampf gegen alles Fortschrittliche und Revolutionäre. Mitten in die pompösen Felerlichkeiten platzte eine Bombe. Gömbös, der Führer der erwachenden Ungarn, ließ die Polizei anrufen, nach einer Dame im Schleier und einem achtzehnjährigen Jüngling zu suchen. Polizei und Militär hatten Bereitschaft gegen einen eventuellen Habsburgerputsch. Was erklärt diese Widersprüche? Im Schöße der Konterrevolution spielt sich der Kampf ab zwischen den tschechischen erwachenden Ungarn, die nach dem Sturz Mátyás Ungarns den Ton angaben und dem legitimistischen, auf seine alten Vorrechte pochenden Adel. Horny und Gömbös, die Führer der tschechischen Kräfte, parierten den legitimistischen Charakter der Emmerich-Feier mit der Mobilisierung der Polizei gegen den Thronanwärter. In Ungarn geht die Welle der Konterrevolution jenem Elend entgegen, von dem die Revolution 1919 ihren Ausgang nahm. Die feudale Herrschaft und die tschechische Bourgeoisie werden sich unter dem Dache der blutigen Habsburger fänden. Ihr gemeinsamer Todfeind, das ungarische Proletariat, erhebt am 1. September seine Stimme. Es fordert Arbeit und Brot, was ihm die Machthaber vorenthalten.

Erpel als Vertreter der österreichischen Reaktion und des Klerus, gab in Budapest das Stichwort. Die Wiederaufrichtung der Habsburgermonarchie ließe er in folgenden Worten: "... nachbarrechtlich begründete Konzentrierung zu Einheiten höherer Ordnung." Und schon stellen sich die Wirkungen der Budapest Ereignisse ein. Wie ein Blitz aus den Wolken schlägt die Nachricht in die Leffenshaftigkeit,

das ein Schiedsgericht sagt, dem Kleinböck als Vertreter der österreichischen Regierung angehört, welches über die Ansprüche, die die Familie Habsburg und der ungarische Staat an die Republik stellen, entscheiden soll. Die Regierung des Herrn Petz hat sich zum Anwalt dieser unerhörten Ansprüche gemacht.

Ungarn verlangt einen Teil der Hofbibliothek, der Schatzkammer, einige Schlösser und andere Werte, die der Republik gehören. Die Familie Habsburg fordert ihre Familiengüter, Kunstsammlungen und andere Milliardenwerte, die die Habsburger im Verlaufe der Jahrhunderte dem Volke geraubt haben.

Die blutige Grafenregierung, die sich zum Anwalt aller Feudalherren gegen die Bauern machte, wittert, wie in der Optantenfrage, daß ein glänzendes Geschäft für die Taschen der Aristokratie zu machen wäre.

Und die Schieberregierung legt sich an den Tisch mit diesen Hyänen der Volksnot, um zu „verhandeln“. Jahreslang hat Österreich um ein „Kautschukgebett“, für die jetzt Wunderzinsen bezahlt werden müssen. Und den Habsburgern will die Regierung Milliardenwerte „verhandeln“?

Arbeiter, erkaunt ihr den Wert der Novemberrevolution? Ihr listet alle diese Milliardenwerte, mit denen man in Österreich hätte arbeiten können, unangestastet. Ihr habt gehungert und geschuft im Dienste des Kapitals. Und der Lohn, den euch diese Republik gibt! Massenarbeitslosigkeit, Spilllegung der Betriebe, Nationalisierung, Zoll- und Steuerläsen, Teuerung und Hungerlöhne.

Der Arbeiterschaft zum Hohn - der Reaktion zum Triumph plant die Regierung, den 1918 davongesagten Habsburgern Teile ihres Vermögens auszuliefern.

Nicht mit Bestimmungen des Friedensvertrages, nicht mit Paragraphen ist der Raubzug der Habsburger und der Grafenregierung zu vereiteln. Hier gilt mehr denn je der Grundsatz: Rechtsfragen sind Machtfragen.

Die Forderung der Arbeiterschaft muß sein: Keinen Groschen den Habsburgern. Verwendung des Habsburgervermögens zur produktiven Arbeitslosenfürsorge, Wohnungsbau, Elektrifizierung und Straßenbau.

Betriebsratswahl in der Grazer Waggonfabrik.

Schändliche Taktik der Stalin Kommunisten.

Zeit Jahren wird in der Waggonfabrik der an sich bedeutungslose Cagran auf der freigewerkschaftlichen Liste als Betriebsrat gewählt. Wie wir Cagrans „Mutigkeit“ kennen, würde er diesen Weg auch heuer eingeschlagen haben, wenn nicht die unter dem ultralinken Gewerkschaftskurs

stehenden Stalin Kommunisten ihm einen anderen Weg gewiesen hätten. Nach all den unglücklichen Versuchen die sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre unter dem Schlag „Sozialfaschisten“ mit den Hahnenschwänzern in einen Topf zu werfen, setzen nun auch die Grazer Stalinisten der Dummi-

heit die Krone auf und reichten trotz der tschischen Gefahr in der Waggonfabrik eine „eigene“ Liste ein. Diese Taktik der Stalin Kommunisten kommt ausschließlich den Unabhängigen zugute.

Pflicht der Stalin Kommunisten wäre es gewesen, angedeutet der Neuwahl des Betriebsrates mit einem im Bewußtsein der Arbeiterchaft durchführbaren revolutionären Aktionsprogramm vor die Belegschaft zu treten, aufzuklären und auf Grund dieser von der Arbeiterchaft diskutierten revolutionären Plattform für eine einheitliche, auf dem Boden dieser Plattform stehenden Betriebsratsliste einzutreten. Jeder Kandidat hätte vor der Belegschaft Farbe bekennen müssen für oder gegen das revolutionäre Arbeitsprogramm. So hätten sich die Geister geschieden. Es kommt nicht darauf an, wie viele Kommunisten, sondern wie viele revolutionär gestimmte Arbeiter im Betriebsrat vertreten sind. Eine solche Taktik hätte das Häuflein „Unabhängiger“ an die Wand gedrückt und der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft revolutionäre Kampfkraft gegeben.

So haben die kommunistischen Parteien unter Führung

von Lenin und Trotzki gehandelt. Unter Stalin's Führung wird zwar der verächtliche Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer gepredigt, in der Praxis aber wirkt sich die Stalinpolitik zum Schaden der kommunistischen Parteien aus. Zur Zeit als diese Zeilen geschrieben werden, wissen wir nicht, wie die Wahl ausfallen wird. Eines können wir sagen, wie die Wahl ausfallen wird. Eines können wir sagen. Die Taktik der Stalin Kommunisten nützt nur den Bonzen und Unabhängigen. Durch diese Taktik wird der Kommunismus diskreditiert und die KP. einz. von der Arbeiterchaft verhöhnt. Wann werden die Stalinisten Vernunft annehmen? Ist es nicht auffallend, daß im Wahlvorschlagskomitee Cagram von einem Hahnenschwänzer vorgeschlagen wurde? Erkennet ihr noch immer nicht, in welcher Gesellschaft ihr euch befindet. Mit den sozialdemokratischen Arbeitern weigert ihr euch auf einer Liste zu stehen -- die Unterschriften für euren Wahlvorschlag sammelt ihr aber bei den Hahnenschwänzern. Erkennet ihr noch immer nicht, daß die Stoltenitz, Tomann und Benedikt die indifferenten Arbeiter den Tschischen in die Arme treiben? Haltet ein mit eurem Zerwürfungsamt. Kehret zurück zu Lenin.

Der Brotwucher.

Die Mehlpreise sind seit einem Jahr gesunken. Die Brotfabriken und die Bäcker, die wohl jede Mehlpreiserhöhung zum Unlaß nehmen, um das Brot und das Gebäck zu verteuern, blieben nach dem Fallen der Mehlpreise konstant auf dem gleichen Preisniveau.

Eine im Bundeskanzleramt bestehende Abteilung zur Überprüfung der Brotpreise schritt gegen diesen Wucher keineswegs ein. Wir erwarten das auch niemals, weil die Behörden des Staates, da er ein bürgerlicher Staat ist, niemals den Interessen des wertwürdigen Volkes dienen, sondern ausschließlich nur den Interessen der Bourgeoisie.

Die Sozialdemokratische Partei, die in Österreich wohl den größten Teil der Arbeiter in ihren Reihen organisiert hat, dabei aber durchaus keine proletarische Politik führt, hat eben aus diesem Grunde die Arbeiterchaft auch nicht gegen diesen Brotwucher zum Kampf mobilisiert.

Es trat die interessante Erscheinung zutage, daß die Bewegung für die Brotverbilligung von einem Produzenten, vom Bäckermeister Schmiech in Graz entfacht wurde. Allerdings nicht den Käufern zuliebe, sondern um im Konkurrenzkampf für die eigene Tasche besser abzuschneiden. Vor zirka einem halben Jahr legte dieser Bäckermeister die Preise herab und erklärte dabei, daß er noch sehr schön verdiene. Der gesamten Deffenlichkeit wurde dadurch die Tatsache des bestehenden Brotwuchers rechtlich enthüllt.

Im „Abend“ begann ein Schriftleiter diesen Brotwucher fast rügend an den Pranger zu stellen. Die Brotpreisprüfungskommission des Bundeskanzleramtes erklärte:

„Der Wiener Brotpreis ist auf das Allernäppste erstellt und Versuche, die Deffenlichkeit zu beunruhigen, seien durchaus unangebracht.“

Die Tatsache des Brotwuchers stand aber vor aller Augen schon fest. Die Unmerksamkeit der Arbeiterchaft mußte sich jetzt von selbst auf die Konsumgenossenschaften richten, die ebenso wie alle kapitalistischen Unternehmungen trotz der Mehlpreissenkung bei den gleichen Brot- und Gebäckpreisen blieben. Nunmehr gab es für die Konsumgenossenschaft keinen anderen Ausweg, als die schon unhaltbar gewordenen Wucherpreise herabzusetzen. Aus der Not machen die verbürgerlichten Genossenschaftsführer heutzutage eine Tugend und ließen am 24. August in der „N. Z.“ erklären:

„Zugleich zeigt diese Brotpreiserhöhung, welche ungeheure Bedeutung die Genossenschaften für die Preisbildung und für den Arbeiterhaushalt haben.“

Für den, der nicht mit verbundenen Augen durch die Welt geht, ist trotzdem die Konsumgenossenschaft ebenso als Mißgebilde am Brotwucher gebrandmarkt.

Das will aber durchaus nicht heißen, daß wir gegen die Genossenschaften sind. Im Gegenteil, der Arbeiter gehört in die Genossenschaft, aber er muß in ihr den Kampf aufnehmen gegen die verbürgerlichte Führersippe, die bisher fast ungehindert entgegen den proletarischen Interessen handelt.

Im übrigen ist auch der Brotpreis von 70 Groschen, den die Konsumgenossenschaft nun festgestellt hat, noch zu hoch. Der „Abend“ errechnet, daß nach der Grazer Preisberechnung, das Wiener normalgewichtige Brot nur 67.6 Groschen kosten dürfte.

Für die Arbeiterchaft ist die Bloßstellung des Brotwuchers ein Fingerzeig, daß es außer dem Kampf um direkte Lohnerhöhungen noch eine andere Kampfbaßis zur Erhöhung des Reallohnes gibt, der Kampf gegen die Wucherpreise im allgemeinen. Die Wucherpreise, sie existieren nicht nur beim Brot, sie lasten fast auf allen Konsummitteln. Den Genossenschaftlern steht dabei die besondere Aufgabe zu, außer dem Brot auch die übrigen Preisstellungen in der Konsumgenossenschaft einer genauen Kontrolle zu unterziehen.

Fette Pfünden — seinen Kampf.

Zum Genossenschaftskongreß.

Die „Führer“ der Arbeiterbewegung, die Genossenschaftsbürokratie, hat sich in Wien zu einem Kongreß versammelt. Die Delegierten der russischen Genossenschaften fanden sich von einer Mauer konservativer und reaktionärer Bürokraten umgeben. Es darf daher nicht verwundern, daß der Antrag der russischen Delegation, die Genossenschaften in den Dienst des proletarischen Kampfes zu stellen, abgelehnt wurde. Streikende Arbeiter sollen hungern -- während die Millionenprofite der Genossenschaften brach liegen oder in Form von fetten Gehältern aufgebraucht werden. Der deutsche Delegierte Lorenz sprach sich ganz offen gegen die proletarische Revolution (Diktatur) und für die bürgerliche Demokratie aus. Das sagt dieser „Genossenschaftler“ in einer Zeit, wo die größte soziale Ungleichheit, die die Geschichte der Menschheit je erlebte -- die Massenelend, vor gigantischer Reichtum -- mit der „demokratischen“ Staatsform der Genossenschaft zusammenfällt. Ein offeneres Bekenntnis für den Kapitalismus kann man nicht ablegen.

Neue Terrormaßnahmen gegen die Bolschewiken-Leninisten!

Die bankrotte Stalinsche Führung sah sich seit dem Frühjahr des laufenden Jahres gezwungen, die Frage der „Vernichtung“ der linken Opposition wiederum zu einer aktuellen Tagesaufgabe zu erheben.

Dieser Aufgabe liegt die Tatsache zugrunde, daß, entgegen den proklamierten Versicherungen der Apparatsführer, die Opposition lebt, arbeitet und arbeiten wird.

Es genügt, die täglichen Sowjetzeitungen durchzusehen, um sich zu überzeugen, daß nicht nur **Zellenversammlungen**, sondern auch selten eine **Parteiokonferenz**, ohne ein oppositionelles oder halboppositionelles Auftreten vorübergehen. Der Kampf des Apparates gegen die Opposition entwickelt sich ausschließlich auf der Linie der **Repressalien**. Diese Repressalien sind in Verbindung mit dem Parteikongress ins Unendliche gemachien. Die **saule Einheitlichkeit** auf der Oberfläche wird durch **Trauer, Verhaftungen, Verbannungen** unten gesichert. Isolatoren erschießen die Diskussion vor dem Parteitag. So wurde der Parteitag vorbereitet. Der Zweck dieses Berichtes ist eine tatsächliche Information gerade dieser Seite der „Vorbereitungen“ des Parteitages zu geben.

Noch im Januar und Februar war eine große Welle von Verhaftungen der Oppositionellen oder der Sympathisierenden oder sogar der Sympathie-Verdächtigen über **Mußland** hingegangen.

Nach einer mehr oder weniger genauen Zählung sind in Moskau allein 300 Genossen verhaftet worden.

Über Moskau sind (Gefängnis Butyrki) eine große Anzahl von in der Provinz Verhafteten durchgegangen, besonders viele aus der Ukraine, insbesondere aus dem **Donbass** (dem proletarischen Kohlenrevier). Wegen ihrer diesen Verhafteten gegenüber geäußerten Sympathie, aber jaßen in Butyrki einige Duzend parteilose Arbeiter, die sehr nach Sibirien verschickt worden sind. Inner den Verhafteten befanden sich auch **Kapitulanten**, besonders von denjenigen, welche unter dem Einfluß einer augenblicklichen Schwäche kapituliert haben und dann fast offen erklärt haben, daß sie einen Fehler gemacht haben. Viele von ihnen sind nicht in die Verbannung, sondern in Isolatoren verschickt worden. Von den Kapitulanten wird jetzt nicht nur eine **solkommune** und **absolute** Kostagung von ihren Anstichten verlangt, sondern auch die **Herausgabe aller Verbindungen**. Für **Wetzerung** — Isolator. (Zabrowskaja, Blumenfeld und ein Duzend anderer.) Bis zu welchem Grade man bei diesen Verhaftungen und Verschickungen vorgeht, beweist jene Tatsache, daß sich unter den Verhafteten kein geringer Prozentsatz von zufälligen Leuten befindet, die ihrer Verwandtschaft „genommen“ worden sind, oder nur der Tatsache wegen, daß sie mit einem Oppositionellen auf dem Duzfuß standen usw. Auf solche Art und Weise werden Duzende von Leuten verhaftet, die gar keine Beziehungen zu der Opposition haben (oft werden diese Leute in der Verbannung oder im Gefängnis zu echten Oppositionellen!).

Um diese Zeit gaben die **Moskauer Genossen** ein Flugblatt heraus und nahmen in ihre Hand die Leitung einer **Weiße Streik**, die durch die Politik der Bürokratie hervorgerufen worden sind (in Serpuchow, in Moskau vier Fabriken usw.)

Das brachte die Bürokraten noch mehr in Wut. Die Welle von Verhaftungen, die Ende des Winters angefangen hat, erhob sich im Mai noch höher. Man muß annehmen, daß die Zahl der Verhafteten zu dieser Zeit zirka 500 betrug, ohne die mehr als 100 Verhafteten, die in die

Isolatoren verschickt worden sind. Bis zum heutigen Tage sind diese Zahlen noch mehr angewachsen.

Hierzu muß man folgendes bemerken: Die **Stalinschen** Repressalien gegenüber den Bolschewiken-Leninisten unterscheiden sich scharf von den Repressalien gegenüber den **Menschewiken** und **Sozialrevolutionären**. Während man die letzteren nur von dem gesellschaftlichen Leben des Landes isoliert, um ihre konterrevolutionäre Tätigkeit gegen die Diktatur des Proletariats zu verhindern, ist der **Stalinsche** Kurs gegen die Oppositionellen, die den die Diktatur des Proletariats zerstörenden Zentrismus bekämpfen — ein **Kurs auf die moralische Verschlechterung oder die physische Vernichtung**.

Inner den im Winter verhafteten Oppositionellen befanden sich die Genossen **Silow** und **Maknowitsch**, die die Wur der hemmungslosen Apparatsmenschen besonders gegen sich entsefelt haben. Sie wurden erschossen, so wie vorher **Genosse Blumkin** erschossen wurde. Ein Verbrechen, das der ganzen Welt bekannt wurde.

Verstärkte Repressalien werden auch in der Verbannung angewandt. Da herrscht jetzt ein Regime, das wie **Myrdred** wirkt: den Verbannten ist das Recht zu arbeiten, genommen, d. h. das Recht zu arbeiten, um nicht zu hungern; die **Unterstützung**, die der Verbannte erhält, ist schon längst auf 15 Rubel herabgesetzt. Das bedeutet — **Hunger**. Und im Winter **Kälte**. Da sie kein Recht haben, **Wittigeld** der Genossenschaften zu sein, so können sie sogar oft für diese 15 Rubel nichts kaufen. Sie wohnen in ungeheizten Räumen, wochenlang ohne heißes Essen, oft ohne Licht. Besonders schlimm ist die Lage der Verbannten in **Maryn**, einer der schimmsten Plätze der sibirischen Verbannung. Die Verbannten in Maryn sind im wahrsten Sinne des Wortes dem Hungertode geweiht. Die **Schwierigkeiten** des Daseins in Maryn stellen diese Stadt dem Isolator gleich und in immer größerer Anzahl werden die **Bolschewiken** hierher gebracht.

Außer diesem materiellen Druck erleidet der Verbannte noch „kleine“ **Verhöhnungen**, die die Frucht der absoluten Willkür und Unbestraftheit der örtlichen G.P.U. ist. Sie zögern mit der Auszahlung der ohnehin geringfügigen Unterstützung (es gab Fälle, wo die Unterstützung vier Monate lang nicht angezahlt wurde) und auf Anfragen und Anforderungen wurde mit **Hohn** geantwortet, z. B. „**Fahr doch nach Moskau**.“

Zu solcher Lage verlangte ein bis zur Verzweiflung **getriebener Genosse** selbst seine **Ueberführung** in den Isolator.

Und das ist kein einzelner Fall. Man verhaftet **Menschen**, die nur der Bekanntschaft mit einem verbannten Oppositionellen verdächtig sind, und durch diesen Terror über die örtliche Bevölkerung erreichen sie, daß die Oppositionellen sich in absoluter Isolation befinden. Systematisch werden **Hausdurchsuchungen** veranstaltet, wobei nicht nur politische Arbeiten abgenommen werden (dem Genossen **L. S. Sosnowski** wurde im Gefängnis seine Arbeit über die **Agrarpolitik** des Zentrismus fortgenommen, dem Genossen **G. M. Makowski** sein Brief an die Partei usw.), sondern auch **Ausschnitte** aus den **Werken** **Marr** und **Lenins** (!). Und als Ergänzung dazu die **Postkontrolle**, die den Zweck hat, die Verbannten politisch zu isolieren. Zum Parteitag ließ die G.P.U. überhaupt keine Briefe durch, um zu verhindern, daß die Opposition eine **kollektive Erklärung** ausfertigen könnte.

Das ist jedoch nicht gelungen, und eine solche Erklärung mit den Unterschriften der Genossen Malowski, Murawow, Kasparow und Kojitor ist eingereicht worden (die gesamte Opposition in der Verbannung schließt sich dieser Erklärung an).

Die Ankunft eines Briefes in der Verbannung ist ein Ereignis. Wir reden schon gar nicht von politischen Briefen, sondern von Briefen von Verwandten. Der Verbannte lebt mit der stündlichen Erwartung, dem Isolator überführt zu werden. Als formeller Grund einer solchen Ueberführung kann alles mögliche dienen (zum Beispiel eine Verzögerung von 5 Minuten bei der offiziellen Registrierung in der GPK.). Oft werden auch gar keine formellen Erklärungen gegeben. Das wirkliche Ziel jedoch ist: den revolutionären Sinn der Revolutionäre zu brechen. Gleichzeitig mit der offen geduldeten Tendenz, die Verbannung in immer schlimmere Plätze des Nordens zu verlegen, werden die Isolatoren immer mehr gefüllt. Ihre Zahl vergrößert sich, denn die alten sind schon überfüllt.

Das Regime in den Gefängnissen und in den Isolatoren ist unergleichlich schlimmer als in der Verbannung. In den Gefängnissen gibt es oft kein Licht (die Fenster sind verhängt), die feuchten Zellen sind überfüllt, das Doppelte, ja das Dreifache der gewöhnlichen Norm, nicht nur auf den Brettschalen, sondern auch auf dem Fußboden ist kein Plätzchen frei. Man kann sich dabei leicht vorstellen, wie die sanitären Bedingungen aussehen. In diesen Zellen werden die Oppositionellen, getrennt voneinander, mit Konterrevolutionären und kriminellen Elementen gehalten, welche unsere Genossen, die Vertreter des Bolschewismus, nicht nur hassen, sondern sie auch quälen und sie verhöhnen und ihre ganze Wut auf die Sowjetmacht an ihnen auslassen. Das System der GPK. — Oppositionelle in einer gemeinsamen Zelle mit Kriminellen zu halten gab es sogar nicht in den zaristischen Gefängnissen.

Dieses System wird nur auf die Oppositionellen angewandt. Die Menschewiki (J. W. in Wutrus) sind im Besitz aller Vorrechte von politischen Gefangenen: sind für sich, bei offenen Türen, haben eine kleine Bibliothek usw.

In den Gefängnissen sind die Zellen geschlossen. Besuche gibt es nicht, auch darf nichts überbracht werden. Ueber das alles herrscht ein grober höhnischer Ton. Bei einem solchen Regime hören die Hungerstreiks nicht auf, manchmal mit tödlichem Ausgang (wir erinnern an den Selbsttod des Genossen Wutow). Auf Hungerstreiks und die geringsten Forderungen der Gefangenen antworten die Kerkermeister mit systematischen Züchtigungen, mit Begießungen aus Hydranten in grimmiger Kälte usw. Bekannt sind die Züchtigungen in dem Charlowischen Gefängnis, im Isolator von Werschne-Bratol, im Leningrader Gefängnis und einer Reihe anderer. Im Leningrader Gefängnis wurde so der Genosse Henrichow zu Tode gemartert.

Die Kolonie der verbannten Oppositionellen in Tomsk hat eine Reihe von Berichten über die ungeheuerlichen Verbrechen gesammelt, die Stalin an unseren Genossen verübt hat. Sie trat mit einer Prosch-Denkschrift heraus (leider läßt sich in dem uns zur Verfügung stehenden Exemplar nur ein ganz geringer Teil entziffern. R. M.), an welche sich auch andere Kolonien der Verbannten angeschlossen. In diesem Dokument wird der allseitige Hunger der verbannten Oppositionellen geschildert; auf Grund von Tatsachenmaterial wird festgestellt, daß die Bedingungen, unter denen die Bolschewiki in der Stalinischen Verbannung leben, unergleichlich schlimmer sind als die Bedingungen, unter denen die Bolschewiki in der zaristischen Verbannung leben. Viele Verbannten sind zu Invaliden geworden (es werden Dutzende von Namen aufgezählt), weil in Karhum und anderen ähnlichen Orten nicht die geringste medizinische Hilfe vorhanden ist. Sogar Schwerkranken werden nicht

in die nächste Errichaft, wo sich ein Arzt befindet, gebracht. Und wenn man einen Genossen dahin überführt, dann muß sich der Kranke schon im hoffnungslosen Zustand befinden. Während des Winters sind vielen Genossen ihre Glieder erfroren: einige Genossen mußten sich einer Amputation unterziehen, da ihnen keine rechtzeitige medizinische Hilfe zuteil geworden war. Säuglinge werden den Müttern gleich nach der Geburt fortgenommen, und die letzteren kommen in den Isolator (Genossin Janowstaja u. a.).

Das Dokument berichtet auch von einer neuen Erstickung eines Oppositionellen in Solowki.

Es berichtet auch davon, daß die GPK. jetzt nicht fehlen nicht nur zu drei und fünf Jahren, sondern auch zu zehn Jahren verurteilt, um somit Rache zu nehmen an der mütigen politischen Haltung unserer Genossen. So J. W. wurde ohne einen formellen Grund zu nennen, der Genosse Golodny zu zehn Jahren Isolator verurteilt.

Es gibt keine Verbannungskolonie, in welcher es zum 16. Parteitrag keine Verhaftungen mit nachfolgender Ueberführung in die Isolatoren gab. Ohne hier alle Kolonien und die Namen der Verhafteten zu nennen, wollen wir nur einige der schrecklichsten Fälle hervorheben.

Im Mai ist in Nischin die ganze Kolonie — neun Genossen verhaftet worden und obendrein noch 15 Einwohner der Stadt, unter denen, nach den Worten der GPK., die Opposition Propaganda getrieben haben soll. Unglücklich befinden sie sich alle unter den schrecklichsten Verhältnissen, wie die Genossen schreiben, im Swerblowski Gefängnis. Zwei von ihnen sind schwerkrank. Ohne ihren politischen Pass (Zuwendung) in verschiedenen Kassen, waren sie gezwungen, den Hungerstreik zu erklären. Wie der Hungerstreik endete und wie überhaupt sich das Schicksal der Nischiner Verbannten gestaltet, wissen wir noch nicht. Der uns informierende Genosse nennt ihre gemeinsame Haft mit den 15 Nichtoppositionellen „Amalgam“ — was eine künstliche Verbindung bedeuten soll, die die Diskreditierung unserer Genossen mit anderen zum Zweck hat. Die Zerstörung der Kolonie und die Schaffung des thermidorianischen Amalgams war die Tat von Provokatoren. Ueberhaupt ist die Provokation der Opposition gegenüber in letzter Zeit ins Riesenhafte gestiegen. Nicht nur in der Freiheit sind die oppositionellen Gruppen von Provokateuren überflutet, sondern auch in der Verbannung und im Gefängnis. Hier besteht ihre Aufgabe darin, die Unverhältnissen herauszufinden, Befehle hineinzutragen, indem sie zur Kapitulation aufrufen usw. Der Provokateur, der unter der Maske des „Kapitulanten“ auftritt, ist in der Verbannung eine gewöhnliche Erscheinung.

Ein analoger Fall liegt in der Zerstörung der Verbannungskolonie von Kamensk. Zwei von den Genossen (Stolowski und Densow) sind in das Gefängnis von Tomsk überführt worden, die übrigen sind in noch abgelegenerer Winkel Sibiriens zerstreut worden.

Weil diese Kolonie nicht einen einzigen Kapitulanten hatte, wurde sie aus diesem ausschließlichen Grunde zerstört. In ihrer Erklärung an das ZK. der GPK. und an die GPK. zeigten die Kamenskiischen Genossen, wer in den Reihen der örtlichen Parteiorganisation steht. Begründet auf Tatsachenmaterial nennen sie über 30 Mitglieder der Partei, die sich auf verantwortlichen Posten befinden, die einmals der Bolschewik angehört, die Noten vorleseten und erschossen usw. All diese Elemente sind bis auf den heutigen Tag Leiter des Bezirkes. In besonders großer Anzahl findet man diese ehemaligen Bolschewiken in der GPK. Diese Tatsache bringt großes Licht in die Frage, wer die Stalinische Politik durchführt, wer die verbannten Bolschewiken schmäh, wer an ihrer Vernichtung mitwirkt: ehemalige Wölfe, und das ist kein Zufall!

In Nuchowöl (Sibirien) wurden, ohne daß irgend-

welche Anklagen vorher geführt wurden, vier oppositionelle Genossen verhaftet: Abramski, Anstolst, Wostresenki und S. Dingelstedt. Aus dem Gefängnis in Rubzowst schickten sie an das ZK. der WKP. eine Erklärung, worin sie schreiben: „Wir können die neue Repressalie gegen uns nicht anders beurteilen als eine eigenartige Vorbereitung zum 16. Parteitag... Repressalien werden den Kampf um die Reform der Partei nicht aufhalten, wie auch der von ihnen gemachte Schaden die Rückkehr der Partei auf die Leninischen Positionen nicht aufhalten wird.“ Das weitere Schicksal der Rubzowski'schen Genossen ist uns unbekannt. Man braucht jedoch kaum daran zu zweifeln, daß sie in Isolatoren eingekerkert worden sind. Ebenso zerschlagen wurden die Kolonien in Kaul (Genossen Kasminski und Landau), in Alma Ata (Genosse Goldin und andere), in Slatogorod, in Tschimkent und in vielen anderen Ortschaften. Hausdurchsuchungen waren überall. Weltbekannt wurde die sorgfältige Hausdurchsuchung beim Genossen Katsowski.

Man muß sagen, daß die Stalinisten ihre Wut ganz besonders auf den Genossen Katsowski konzentriert haben als auf den Führer der russischen Opposition.

Man hat den Schwerkranken (Herzkrankheit, Malaria) anstatt in einen klimatisch gesünderen Ort zu bringen (wie es die Aerzte verlangen), aus Astrachan nach Barnaul gebracht. Genosse Katsowski zählt jetzt 57 Jahre, von denen 40 Jahre dem Kampf für den Kommunismus gehören. Besonders schwer war der Winter für den Genossen Katsowski, als sein kranker Organismus Fröste von 40 bis 50 Grad überstehen mußte. Genosse Katsowski ist noch mehr isoliert als die anderen Verbannenen.

Der Einsatz Stalins liegt klar zutage: langsam aber sicher mit G. G. Katsowski fertig zu werden.

In einer noch schlimmeren Lage befindet sich ein anderer hervorragender Führer der russischen Opposition, ein alter Bolschewik, S. S. Sosnowski.

Er ist in Tomsk eingekerkert, in strengster Isolierung, welche sogar das zaristische Zuchthaus gegenüber den Todesurteilen nicht kannte.

Korrespondenz und Gaben sind verboten. Keine Gemeinschaft mit den anderen Verhafteten: Spaziergänge in Begleitung eines speziellen Agenten der GPU. Der Gesundheitszustand des Genossen Sosnowski ist kritisch. Ein weiteres Verbleiben in diesen Bedingungen bedeutet den Untergang des Genossen Sosnowski. Unter den gleichen Bedingungen wird ein anderer alter Bolschewik, S. M. Stizin, gehalten. (Isolator in Susdal: er hat die Knochenunterkultose).

So wird der linken Opposition gegenüber der 16. Parteitag vorbereitet. Die Stalinische Zeitung benutzt zu Fraktionszwecken die Macht des Apparates, gebraucht sie gegen die Vertreter des linken proletarischen Flügels der Partei. Das Feuer nach links ist um so stärker, je offener sich der klägliche Bankrott der zentralistischen Politik vor dem Weltproletariat zeigt. Durch Hunger, Kälte, Misade, Verhöhrungen, Züchtigungen und Erschießungen erzwingt der Zentrismus bei den Schwächeren die Kapitulation, und die Stärkeren weicht er dem Untergang. Nur die Arbeiterklasse und insbesondere die internationale linke Opposition kann diesen thermidorianischen Plan zerstören. Das ist ihre Pflicht, das ist ihre Aufgabe! Wenn Stalin mit dem linken Flügel fertig geworden sein wird, wird er die Oktoberrevolution zurück machen! Das muß man verstehen, das muß man den anderen erklären, das darf man nicht zulassen.

M. Martin.

Der Heimwehrüberfall auf Arbeiter in Köflach.

In Buntigam erklärten die Arbeiter nach dem Ueberfall der Faschisten, sie werden selbst zur Abhilfe greifen. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rosenwirt vertret damals, allerdings gegen den stürmischsten Protest der Arbeiter, wieder den Standpunkt, daß der Schutz der Bevölkerung vor den Faschisten den Exekutivorganen des Staates, Polizei, Gendarmarie und Wehrmacht zu überlassen ist. Am 27. August war ein Oberhaupt dieser Exekutivorgane, der Bundesminister Baugoin, in Köflach. Nach Rosenwirt hätten die Arbeiter damals unter dem besten Schutz stehen müssen. Was geschah? Der Herresminister nahm eine Parade der Faschisten ab und nach der Parade überstiegen die Faschisten mit Revolvern Arbeiter. Mehrere sind verletzt, zwei darunter schwer. Sie haben Bauchschnitte. Wenn sie am Leben bleiben, sind sie vielleicht Krüppel für immer. Warum sollten die Faschisten auch nicht auf Arbeiter schießen? Nach all den Bluttaten, die sie verbrochen, ehrt sie das oberste Exekutivorgan des Staates Baugoin noch, indem er ihre Parade abnimmt. Damit bewies er den Faschisten doch, daß sie seiner Freundschaft, Förderung und Unterstützung sicher sein können. Den Arbeitern wurde der Beweis gebracht, daß sie gegen Rosenwirt und gegen die ganze SP. im Recht sind, wenn sie erklären: Nur die eigenen Fäuste, nur die Abwehr, die wir selbst organisieren, schützt uns vor dem Faschismus!

Die Bombenregierung Macdonald.

Beim Regierungsantritt Macdonalds erklärte ein konservativer Politiker: „Der Prüffstein für Macdonald wird

Indien sein.“ Wie in Aegypten, wo der im englischen Dienste stehende König Fuad das aus einer erdrückenden Mehrheit der Nationalpartei zusammengesetzte Parlament auflöste und mit Feuer und Schwert die Volksmassen in Schach hält, so hauset in Indien der Vizekönig, der Statthalter des englischen Imperiums. Aber tausende indische Nationalisten schmachten in den Gefängnissen. Todesurteile werden vollstreckt. Indien gleicht einem Vulkan. Bald hier, bald dort lodern die Flammen der Empörung hell empor. Die an den Hungerstod grenzende Verelendung des indischen arbeitenden Volkes und die barbarischen Steuerlasten, die England dem indischen Volke auferlegt, sind die Ursachen der Auflehnung gegen das englische Imperium.

Im reichsten Lande der Erde hungert der Arbeiter und Bauer, sterben 75 Prozent der Säuglinge an Hunger. Und die Macdonald-Regierung besteht in Indien ebenso glänzend die Prüfung vor der Kolonialaristokratie, wie in Aegypten, China, Afrika und Palästina. Die „sozialistische“ Regierung läßt seit Wochen die Dörfer des unabhängigen Bergvolkes der Afridis durch Flugzeuge mit Bomben zerstören. Die europäische Kultur wird den „Wilden“ mit den barbarischsten Kriegswaffen beigebracht. Die Afridis wissen eben nicht, daß sie nur deshalb weil sie an der Nordwestgrenze Indiens leben, ein Hindernis der englischen Kriegspläne gegen Sowjetrußland sind und aus militär-strategischen Gründen der Vernichtung, respektive zur völligen Unterjochung verurteilt sind. Im Namen der „sozialistischen“ Labour-Regierung wird ein 10.000köpfiges freibleiches Volk vernichtet. Während die englischen Kanonen und Bomben im Nordwesten Indiens morden, verhandelt Gandhi mit dem Vizekönig über die Ausöhnung der indischen Bourgeoisie mit den englischen Kapitalisten. In England verjagt die Macdonald-Regierung völlig. Selbst das jahre Bergbaugesetz wurde von den Lords zu Fall gebracht. Die Arbeitslosigkeit ist um eine Million gestiegen und beträgt

gegenwärtig über zwei Millionen Erwerbslose. Weder die sozialen Fragen Englands noch die nationalen Fragen des Imperiums vermag MacDonald anders zu „lösen“ als seine Vorgänger: nämlich nur mit brutalem Terror, Kanonen, Giftgas und Mord. Das sind die Wegweiser der englischen Kolonialpolitik. Werden die Arbeiter Englands und Europas lernen, daß im bürgerlichen Staat jede Regierung nur das Vollzugsorgan der herrschenden Klasse ist?

Was uns Arbeiter schreiben.

Er regt sich auf!

Wir haben in der letzten Nummer über die gemeinen Beschimpfungen der Arbeiter durch den Gastwirt Keller (Weggenberg, Rochelgasse) berichtet.

Nun teilen uns die Arbeiter der Rochelgasse mit, daß der seine Wirt

ein faß Freibier

benjaminen versprochen, der ihm den Schreiber des Wahnruf-Artikels ermittle!

Sie armer Mann! Sie als ehemaliger Gendarmereinspektor müssen doch über fabelhafte Detektivtalente verfügen. Kellerlein — leg dich! Such schön! Such! —

Die Arbeiter aber wissen, wie sie mit dem Patron bran sind. Sie werden sich überlegen, dafür, daß sie den Mann erhalten, sich noch von ihm beschimpfen zu lassen.

Es gibt ja noch andere Wirte...

Der „Nichterwische“.

Brutale Terrormaßnahmen Straßens!

Der Pensionsfonds der Straßenbahner soll mit allen Mitteln vernichtet werden. Keine Lumperei, kein Schurkenstreik ist dem Generalkommissar zu unfair genug, um die Arbeiter zu knebeln.

Zwei Straßenbahner, die am 1. September ihre zehn Jahre hätten und volkpensionsberechtigt wären, wurden am 15. August entlassen.

Die Versammlung des Pensionsinstitutes wurde am 18. August in den Räumen des Orpheums einberufen. Ohne Legitimation, die mit Namensnennung ausgegeben wurde, gab es keinen Zutritt. Völlens verblüfft waren aber die Straßenbahner, als sie erfuhren, daß sich jedes Mitglied 14 Tage vor Versammlungsbeginn hätte zu Wort melden müssen. Diese Feigheit und Infamie, mit der man jede kritische Regung erdrosselte, löste große Erregung im Personal aus.

Jeder revolutionäre Prolet, der sich 14 Tage vorher zu Wort gemeldet hätte, wäre natürlich blitzartig aus dem Betrieb geflogen.

Diese Gewaltmaßnahmen aber werden nur mithelfen, das Straßenbahnproletariat zu revolutionieren und Straßens zum Teufel zu jagen.

Einige linkssozialdemokratische Straßenbahner.

Freys'sche Manöver!

Motto: Wo ein Argument fehlt zur rechten Zeit, ist ein Schimpfwort stets bereit.

Die „Arbeiter-Stimme“ Nr. 57 antwortet auf die vom Wahnruf Nr. 26 sozialistisch formulierte Stellungnahme zur Parteigeschichte Freys mit den Worten: „Sammelsturm von Lügen, Unberücksichtigungen und Unsinn“. Gleichzeitig wird ein Beschluß vom 31. Juli 1929 veröffentlicht, der sich mit der Frage der Presse beschäftigt, die niemals, weder

vor noch bei der Spaltung der Opposition eine Streitfrage war. Dieser Beschluß besagt auch, daß im Mai 1929 an Gen. Trozki Einigungsbedingungen gefordert wurden. Bis heute haben wir diese Einigungsbedingungen nicht zugesichert bekommen. (Oder wurden sie auch an einen alten Genossen gefordert?) Es besteht für uns keine Notwendigkeit, auf das Phantasiengebilde Freys „Das Verhältnis zu den Grazer Genossen“ einzugehen. Es gibt eine Gruppe der linken Kommunisten in Oesterreich mit dem Organ Wahnruf, die mit Frey verschiedene Differenzen hat. Und diesen klaren Tatbestand lassen wir uns durch keinerlei irrationelle Konstruktionen Freys verwischen. Und deshalb haben wir nicht auf das ominöse „Verhältnis mit den Grazer Genossen“, sondern auf den Kern der Sache, auf die von Frey konstruierte Parteigeschichte geantwortet. Die Feststellung der Freygruppe sagt: „Bis der „Wahnruf“ seine Behauptungen mit Dokumenten erhärtet, werden wir uns mit ihm auseinandersetzen“. Darauf antworten wir: Nehmet die Parteitragsprotokolle, schlaget die „rote Fahne“ nach und wenn ihr noch zweifelt, verlangt von Frey, er soll mit Dokumenten das Gegenteil von dem beweisen, was der Wahnruf Nr. 26 behauptet.

Zusatz ist ferner. Frey hat sich mit keiner Parteigeschichte, die nur der Ausdruck seines Ego-Zentrismus ist, heillos verrannt. Im Herbst 1929 und in den vergangenen Wochen haben die linken Kommunisten an die Freygruppe eine Einladung zu einer unverbindlichen Aussprache über die Einigung ergehen lassen. Beide Male erfolgte unter niedrigen Vorwänden die Ablehnung. Wir haben mehrmals (auch schriftlich) unsere prinzipielle Zustimmung für die Einigung abgegeben, da die vorhandenen Gegensätze die Spaltung nicht rechtfertigen, respektive bei gutem Willen zu liquidieren sind. Wir wagen im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung die Behauptung: an Freys Manöver und seinem gehässigen Verhalten scheitert die Einigung ebenso, wie die Spaltung nicht zu verhindern war.

Wir appellieren abermals mit den Worten des Wahnruf: „Die Vereinkigung scheitert so lange, als die Arbeiter der Freygruppe nicht zur Erkenntnis kommen, daß sie die Einigung mit allem Ernste wollen müssen.“

1. Preis-Straffonds.

Vom 15. Juli bis 18. August 1930.

Finanz 40.10, durch die Genossen: R. R. —.30, —.20, —.30, Franz —.30, R. R. —.50, —.30, —.50, —.50; Greifoner —.30, R. R. —.50, —.20, —.30, —.38, Klementisch 2.30, R. R. —.30, —.20, —.50, —.20, —.38; —.30, —.38, —.30, —.40, —.20, —.50, —.50, —.20, —.30 R. R. 2.—, R. R. —.30, Hertl —.50, Kerum —.20, Gorbup —.50, Tropay —.50, Heidegger —.20, Straßentopf —.30, Wrihs —.50, Kollar 1.—, Klapka 2.—.63, Heidegger —.40, Horwatsch 1.50, Lenz —.20, Cech —.50, Eratinig —.30, Schwarz —.50, Voltsberg —.30, Greiner —.20, Lenz —.30, Pepi —.30, Pepi —.30, Richard —.20, Tropay —.50, Schröder 1.—, Pösch —.30, Voltsberg 1.—, Horwatsch —.58, Rabitsch —.40, Müller —.20, Greifoner —.30, Straßentopf —.50, Erkmayer —.30, Greiner —.20, Lenz —.30, Dloers —.50, Deimel —.30, Greifoner —.30, R. R. —.50, Arbeitsloser Kellner —.30, Schrottner —.50, Stadler —.30, Poimer —.50, Meisinger —.50, R. R. —.30, R. R. —.50, Straßentopf 1.—, Bauer —.50, Enzi —.50, Herer 1.—, Lenz —.30, Greiner —.20, R. R. —.20, —.30. Mitglieder-Versammlung 9. August 6.78. Gesamtsumme des 1. Preis-Straffonds-Ausweises S. 84.13.

Durch diese Opferwilligkeit werden wir allen Verfolgungen trotzten können. Genossen, Kameraden des „Wahnruf“, legt die Sammlungen fort!

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Dantel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. — Im Auftrage der kommunistischen Opposition Oesterreichs (linke Kommunisten): Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Kooragasse 24. — Druck: „Adria“, Wien, 2. Bez., Labortstraße 52 b.